

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895

2.1.1895 (No. 2)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 2. Januar.

Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

No. 2.

Zur Krise in Ungarn.

Wien, 31. Dez. Es ist so, wie ich in meinem letzten Brief vermuthete, die Dinge in Ungarn sind zu verwickelt, als daß die Lösung der Krise über's Knie gebrochen werden könnte. Das Kabinett Weyerle ist gefallen, unwiderruflich gefallen: der Ministerpräsident hatte sich in der Rolle des liberalen Heißsporns gehalten und „urgirt“, was er nur erbitten durfte, seine Majorität hatte sich ebenfalls in die Ueberzeugung verrannt, es gebe keine Götter neben ihr und sie brauche nur zu pfeifen, um ganz Ungarn tanzen zu machen, er und sie haben ihren Irrthum gebüßt. Es hat sich herausgestellt, daß eine jeweilige Majorität im Abgeordnetenhaus nicht notwendig identisch ist mit dem Lande, daß außer ihr schwerwiegende Faktoren vorhanden sind, die nicht einfach ignoriert oder niedergestimmt werden können, und daß vor allen Dingen die Krone das Recht auszuüben willens ist, frei zu prüfen und dann frei sich zu entscheiden. Wer die Erblichkeit Weyerle's antreten wird, läßt sich auch heute noch nicht übersehen und bloße Vermuthungen sind müßig; erst wenn der Kaiser, der heute aus Budapest wieder in Wien eintrifft, dahin zurückkehrt, wenn er also wahrscheinlich auch die Stimmung und das Urtheil in der diesseitigen Reichshälfte in sich aufgenommen haben wird, dürfte die definitive Entscheidung fallen. Sicher ist einstweilen nur, daß Niemand daran denkt, das liberale System in Ungarn anzutasten, aber sicher ist auch, daß die Krone geacht und ohne Zweifel gefunden werden, dieses System in gewisse Schranken zu bannen, und in hohem Grade wahrscheinlich ist es, daß die liberale Majorität, nach Erwägung aller einschlagenden Verhältnisse, im Glauben an ihre Gottähnlichkeit erschüttert werden und sich betreffs der noch unerledigt geliebenen kirchenpolitischen Vorlagen zu Konzessionen herbeilassen wird, die ihr wohl nicht mehr die volle Herrschaft erhalten, ihr aber die Bürgschaft geben, daß sie der Krystallisationspunkt der nächsten Gestaltungen bleiben werde.

Budapest, 29. Dez. Der Verlauf der Krise wird seitens der politischen Kreise des Landes mit leidenschaftlicher Spannung verfolgt, welche sich in der Haltung der verschiedenen Parteiblätter deutlich widerspiegelt. Die Äußerungen der Blätter bieten dadurch ein Bild der Situation des Augenblicks lebhaft illustrirendes Gesamtbild. Die liberalen Journale sind größtentheils auf den gleichen Ton gestimmt. Nach dem „Pesti Hirlap“ ist die Krise zu einer einfachen Personalfrage zusammengeschrumpft, bei welcher die Aufrechterhaltung der liberalen Partei und die Durchführung der beiden noch anhängigen kirchenpolitischen Vorlagen gesichert sei. Von dem gleichen Gesichtspunkte ausgehend, meint „Pesti Naplo“, es sei nach dem Kabinett Weyerle unmittelbar nur ein Uebergangskabinet möglich, zu dessen Bildung Niemand befähigter erscheine als Banffy. „Magyar Hirlap“ dagegen plaidirt heute für eine Annäherung aller auf der staatsrechtlichen Basis stehenden Parteien. Der Ernst der Zeiten müsse die liberale Partei bewegen, an ihrem Machtmonopol nicht festzuhalten und andererseits die Nationalpartei zum Fallenslassen gewisser Standpunkte, wie jenes der ungarischen Militärakademie, bestimmen. Selbst ein negatives Resultat wäre nicht zu unterschätzen, wenn es in der natürlichen Theilung aller ausgleichstreuenden Parteien in eine liberale und in eine konservative Gruppe bestünde. „Pazant“, das dem Grafen Julius Szapary nahestehende Organ, polemisiert heftig gegen den „Pesti Naplo“, besonders gegen dessen Behauptung, das Kabinett Weyerle sei nicht auf parlamentarischer Basis gestürzt worden. „Budapesti Hirlap“ bespricht das Verhältniß zwischen der Krone und der liberalen Partei. Seine Majestät sei bis jetzt mit ihr gegangen; nachdem sie stecken geblieben, wäre es nicht zu verwundern, wenn Seine Majestät verlangen würde, sie möge nunmehr mit ihm gehen, damit das Land nicht nationalen und konfessionellen Aufregungen ausgesetzt werde.

Deutschland.

Berlin, 31. Dez. Seine Majestät der Kaiser stattete heute Nachmittag dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe einen längeren Besuch ab.

Berlin, 31. Dez. Bereits vor längerer Zeit hatten die preussischen Minister des Innern und des Handels eine Verfügung wegen Centralisirung des Arbeitsnachweises erlassen, da mehr und mehr das Bedürfnis hervorgetreten ist, den Arbeitsnachweis in größerem Umfang und planmäßiger als es bisher geschehen ist, auszubilden. Abgesehen von vereinzelten gemeinnützigen Vereinen und von Privatunternehmungen haben in Preußen bis jetzt nur Vereinigungen von Arbeitgebern, wie Zünften und andere Unternehmerverbände, und Vereinigungen von Arbeitern, wie Fach- und Gewerksvereine, die

Regelung des Arbeitsnachweises in die Hand genommen. Alle derartigen Veranstaltungen haben aber nach der einen oder andern Seite hin große Mängel gezeigt und dem vorhandenen Bedürfnis nicht entsprochen. Unter diesen Umständen muß es als ein bedeutsamer Fortschritt bezeichnet werden, wenn neuerdings auch in Preußen in weiteren Kreisen das Ziel verfolgt wird, den Arbeitsnachweis zur Aufgabe öffentlicher Veranstaltungen der Gemeinden zu machen. In voller Würdigung der hohen Bedeutung solcher kommunalen Arbeitsnachweisseinstellen sind die preussischen Provinzialbehörden ersucht, worden darauf hinzuwirken, daß mindestens in allen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern städtische Arbeitsnachweise errichtet werden. Ferner sollen die Behörden ihr Augenmerk darauf richten, wie dem Entstehen ausgedehnter Arbeitslosigkeit vorzubeugen sei und wie die Wirkungen eines unvermeidlichen Arbeitsmangels gemildert werden könnten. Zu dem Zweck wird auf die Eigenschaft des Staates und der kommunalen Vertretungen als Arbeitgeber hingewiesen und betont, daß es zweckentsprechend sei, Arbeiten, die nicht unbedingt zu einer bestimmten Zeit ausgeführt werden müssen, für die Zeit des Arbeitsmangels aufzusparen. Auch wird für die Zeit geringeren Arbeitsbedürfnisses an Stelle sofortiger Arbeiterentlassung Verkürzung der Arbeitszeit und Einlegung von Feiertagen empfohlen. Um aber durch diese Fürsorge nicht einen größeren Arbeiterstrom nach den großen Städten zu lenken, soll Vorsorge getroffen werden, daß zu sogenannten Nothstandsarbeiten nur solche Beschäftigungslose zugelassen werden, die in der Gemeinde ihren Unterhaltungswohnsitz oder wenigstens schon eine bestimmte Zeit in regelmäßiger Arbeit gestanden haben.

Berlin, 31. Dez. Der Handelsminister ist von der Vereinigung norddeutscher Viehexporteure ersucht worden, eine einheitliche Gewerbesteuer für Rindvieh einzuführen. Gegenwärtig beträgt die Gewerbesteuer in Preußen 42 Taus. bei Tuberkulose sogar sechs Monate.

Berlin, 31. Dez. Einen interessanten Einblick in das Leben der sozialdemokratischen Partei gewährt ein an sämtliche Vertrauensmänner gerichtetes Rundschreiben des Parteivorstandes, in welchem lebhaft bemängelt wird, daß die Zahl der Orte, aus welchen Parteigelder an den Vorstand gesandt werden, von Jahr zu Jahr abnehme. Das dürfe so nicht weiter gehen. Ferner wird in dem Rundschreiben gerügt, daß die Gewerkschaften, wenn sie zu einer kleinen Geldstrafe verurtheilt werden, oft die Berufung einlegen und die Sache bis zur höchsten Instanz bringen. Dadurch geschähe es, daß bei einem verhältnismäßig Strafmandat von 10 bis 15 M. nicht selten 150 bis 200 M. Kosten bezahlt werden müssen. Von einem solchen Vorgehen habe zwar der Fiskus einen Vortheil, nicht aber die Partei. Schließlich wird auch die Unklarheit über die Verhältnisse der Vertrauensleute und Genossen gerügt, Schriftstücke, Briefe, Abrechnungen u. s. w. nicht anzunehmen und herumliegen zu lassen; vielmehr solle Jeder so handeln, daß er jeden Tag auf den Befehl der Partei gefaßt sein könnte.

Stuttgart, 31. Dez. Die Bundesratsausschüsse werden demnächst zur Verabreichung des neuen Tabaksteuergesetzes entworfen zusammenzutreten. Ueber den Inhalt des letzteren wird in den amtlichen Kreisen Stillschweigen beobachtet, doch ist, wie dem „Schwäb. Merkur“ aus Berlin berichtet wird, sicher, daß derselbe den vielfach laut gewordenen Wünschen nach Zollherabsetzung nicht entgegenkommt. Dagegen dürfte die Pflanzerei die Thatfache befrichtigen, daß der ihnen im ersten Gesetzentwurf anstößig erscheinende Kontrolleparagraf in der neuen Vorlage fehlt, wie denn jetzt dem von bauerlicher Seite gestellten Verlangen nach weitestgehender Erleichterung der Kontrollevorschriften entsprochen worden ist. Es kann kein Zweifel obwalten, daß die neue Vorlage, wie das ihr zu Grunde liegende Prinzip die Interessen der Pflanzerei weit besser wahr, als dies bisher bei liberaler Anwendung des Gewichtsteuersystems je möglich gewesen wäre.

Strasbourg, 31. Dez. Die in Militärkreisen vielfach gehegte Erwartung, daß die Stelle des Kommandanten in Saarlouis, welche vor kurzem durch Todesfall frei geworden war, wenigstens bis zum Ablauf des Staatsjahres wieder besetzt werden würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Seine Majestät der Kaiser hat noch vor Weihnachten die Auflösung der Kommandantur Saarlouis verfügt, nachdem schon vor längerer Zeit die Festung als solche eingegangen war. Die angeordnete Auflösung ist, wie die „Straßb. Post“ erfährt, eine Folge davon, daß die genannte Kommandantur im Militäretat als „künftig fortfallend“ bezeichnet war mit der Erklärung, daß die Stelle nur bis zum Ausscheiden des zeitigen Inhabers beibehalten werden solle. In derselben Weise war auch mit den übrigen Kommandanturstellen eingegangener Festungen, wie Forst, Reize u. s. w., verfahren worden. In Zukunft wird Saarlouis nur noch zu den Garnisonen gerechnet, welche eine besondere Artilleriedepotverwaltung besitzen.

Frankreich.

Paris, 31. Dez. Der Revisionsrath hat die Berufung des Hauptmanns Dreyfus nach kurzer Berathung verworfen. — Professor Behring, der vor zwei Tagen

zum Besuche des Pasteur'schen Instituts hier eingetroffen ist, begab sich von hier zu seiner Erholung nach Egypten. — Gerüchtwiese verlautet, daß der Kriegsminister beschloffen habe, keinem Journalisten oder Zeichner die Erlaubniß zu ertheilen, dem madagassischen Expeditionscorps zu folgen, da er keine Bürgschaft für ihre Sicherheit übernehmen könne.

Aras, 31. Dez. Ein junger Mann, der angab, Reichling zu heißen und Redakteur der „Koblenzer Zeitung“ gewesen zu sein, ließ sich hier für die Fremdenlegation anwerben; er habe sich aus Deutschland geflüchtet, weil er wegen eines Duells, in dem er seinen Gegner getödtet, zu zweijährigem Gefängnis verurtheilt worden sei. Reichling wurde dem für Madagaskar bestimmten 1. Fremdenregiment der Fremdenlegation zugetheilt.

Niederlande.

Amsterdam, 28. Dez. Es ist noch nicht so lange her, daß der niederländische Zeitungslieferer die Schlag auf Schlag aufeinanderfolgenden Hiobsposten, welche die indische Ueberlandpost zu veröffentlichen pflegte, mit einer gewissen Ergebung und einem fast nur bei Orientalen zu bemerkenden Gleichmuth entgegennahm. Seit zwei Monaten ist aber, wie der „Rijn. Ztg.“ von hier geschrieben wird, die Scene verändert, denn das Glück scheint jetzt sein Füllhorn mit einer geradezu überauswöhnlichen Freigebigkeit ausschütten zu wollen. Kaum ist die Expedition nach Kombo mit dem bekannten glänzenden Ergebnis beendet, so meldet man die Flucht des Sultans von Atjeh, die jedenfalls gleichbedeutend mit dem Erlöschen des letzten schwachen Restes des Widerstandes sein dürfte. Heute bringt ein Drahtbericht aus Batavia ein weiteres wichtiges Ereigniß, indem sich der abgesetzte Radja von Lamian, Silang, den Holländern auf Gnade und Ungnade ergeben hat. Silang ist der älteste Sohn des über den nördlichen Theil von Lamian herrschenden Radja Karang und war der eigentliche Regent des Gebiets. Silang hatte sich den Atjehern angeschlossen und als Bedingung seines Rücktritts von diesem Bündnisse die Ueberlassung eines andern großen Theiles von Lamian verlangt, was ihm aber seitens der niederländischen Regierung kurzweg abgeschlagen wurde. Bereits vor 1 1/2 Jahren hatte der alte Karang seine Unterwerfung angeboten, die aber nicht angenommen wurde, weil sein Sohn nicht ebenfalls die Waffen niederlegte, und als der letztere sogar ein anderes, den Niederländern treu ergebene Stammeshaupt von Lamian ermordete, wurde er mit seinem Vater der Herrschaft über sein Gebiet für verlustig erklärt, während ein anderer Radja ange stellt wurde. Durch eine Expedition wurde Vater und Sohn vertrieben, Silang organisierte indessen den Guerillakrieg und that manchen empfindlichen Schaden, bis vor etwa zwei Monaten der alte Karang gefangen genommen wurde, während Silang sich nunmehr auf Gnade und Ungnade ergeben hat.

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Dez. Das Gesetz über gewisse Veränderungen in den Wahlkreisen, durch welches Kopenhagen und das anliegende Frederiksberg zusammen 13 Wahlkreise statt der früheren 10 bilden, hat noch vor dem Feste in außerordentlicher Sitzung des Staatsraths die königliche Bestätigung erhalten und ist veröffentlicht worden. Die Rechte verspricht sich von der dadurch erfolgten Zertheilung der Vorstadt Nørrebro und des Stadttheils Christianshavn in mehrere Wahlkreise eine Verminderung des Einflusses der Sozialdemokraten, die dort die Uebermacht haben; ebenso werden Jütlands größere Städte, die nun Wahlkreise für sich bilden, von dem Einfluß der umwohnenden Landbevölkerung befreit. Es kam auf Feststellung des Gesetzes vor dem Jahreschlusse an, damit im neuen Jahre unter der neuen Ordnung die gesetzlichen drei Monate vergehen können, bevor die Neuwahlen für das Volksting ausgeschrieben werden, die im April stattfinden sollen. Ob nun in Kopenhagen die Rechte im Kampfe mit den Sozialdemokraten — denn die Linke für sich allein fällt wenig in's Gewicht — ein paar Wahlkreise mehr behaupten werde, bleibt dennoch zweifelhaft; in erster Linie hängt es von der eigenen Anstrengung der Partei ab.

Türkei.

Konstantinopel, 31. Dez. Das Befinden des Ex-Khediven Ismail Pascha ist derart, daß jeden Augenblick ein tödtlicher Ausgang zu erwarten ist.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 2. Januar.

(Postverkehr nach Argentinien.) Vom 1. Januar dieses Jahres ab wird das zulässige Meißgewicht der Postpakete nach Argentinien von 3 kg auf 5 kg erhöht, ohne daß in den bisherigen Tagen (3 M. 80 Pf. für das Paket auf dem Wege über Hamburg oder Bremen und 4 M. 20 Pf. bei der Zeitung über Belgien oder Frankreich) eine Aenderung eintritt.

(Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum.) Bei einem Zimmerbrand, welcher im Gasthaus zum „Röwen“ in Oberbödingen ausbrach, verbrannte das zweijährige Töchterchen des Wirths. — Die Leiche des Mörders Beck in Durlach wurde nach Heidelberg in die Anatomie verbracht.

